

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

21. Jahrgang Berlin, den 22. Dezember 1954 Nummer 51/52

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft
an der Jahreswende 1954/55

Gemeinsame Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Abgeschlossen in Bonn am 16. Dezember 1954

Die Lage der Weltwirtschaft

Die Wirtschaft der westlichen Welt hat sich in der zweiten Jahreshälfte 1954 weiter günstig entwickelt. In Westeuropa hat sich der konjunkturelle Aufschwung fortgesetzt, gleichzeitig ist in den Vereinigten Staaten von Amerika die Rückbildung zum Stillstand gekommen, und es sind Anzeichen einer leichten Belebung bemerkbar. Unter dem Einfluß der erhöhten Wirtschaftstätigkeit in den Industrieländern gestaltete sich die Lage der Agrar- und Rohstoffländer im ganzen nicht unbefriedigend. Der Welthandel zeigt wert- und mengenmäßig leicht steigende Tendenz, obwohl die Weltmarktpreise z. T. weiter unter Druck stehen und die Zahlungsbilanzsituation mancher Länder nicht frei von Spannungen ist.

In den Vereinigten Staaten zeigen sich, nachdem die recession allmählich abgefangen werden konnte, nunmehr Ansätze zu einer leichten Belebung. So haben Produktion, Auftragseingang sowie Auftragsbestand der verarbeitenden Industrie wieder leicht zugenommen. Auch die Beschäftigung ist etwas gestiegen. Diese Entwicklung beruht bis jetzt im wesentlichen auf dem weiter zunehmenden privaten Verbrauch, den steigenden Wohnbauinvestitionen und den neuerdings wieder erhöhten Rüstungsaufträgen. Der kontraktive Effekt, der immer noch vom Rückgang der öffentlichen Ausgaben und der Investitionen der gewerblichen Wirtschaft ausgeht, wurde dadurch

überkompensiert. Der Verbrauchszuwachs, angeregt durch Steuererleichterungen, war verbunden mit einer Verringerung der Ersparnisbildung und einer wieder stärkeren Inanspruchnahme von Konsumentenkrediten.

Er hat zu einer Verlangsamung des Lagerabbaus geführt, von dem noch bis in die Herbstmonate besonders starke kontraktive Wirkungen ausgegangen waren. Der private Wohnungsbau wurde durch großzügige Kreditgewährung begünstigt. Die augenblickliche Massierung der Rüstungsaufträge, die jedoch keine Steigerung der Rüstungsausgaben bedeutet, hat vor allem die Dispositionen der Industrie erleichtert, indem sie die Kontinuität der Rüstungsproduktion sicherte.

Die Bundeseinnahmen blieben infolge von Steuersenkungen und auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslage im laufenden Finanzjahr so weit hinter dem Vorjahr zurück, daß trotz weiterer Senkung der Bundesausgaben das Kassendefizit stieg. Diese erhöhte Verschuldung hat dem Rückgang der privaten Gesamtnachfrage entgegen gewirkt und eine weitere Schrumpfung des Wirtschaftsvolumens verhindert.

Die gegenwärtige Situation läßt vorderhand keine erheblichen Veränderungen in der Wirtschaftstätigkeit erwarten. Im privaten Bereich fehlen einstweilen neue Anregungen für eine verstärkte Investitionstätigkeit; aus der leichten Verbrauchsbelebung haben sich noch keine Impulse

für die privaten Anlageinvestitionen ergeben. Die expansiv wirkenden Kräfte sind insgesamt nicht stark genug, um bei dem anhaltenden, wenn auch verlangsamten Lagerabbau einen kräftigeren Auftrieb auslösen zu können.

Die Konjunktorentwicklung in den Vereinigten Staaten wird daher vor allem von der Gestaltung der öffentlichen Haushalte und der Bereitschaft der Regierung abhängen, noch weitere konjunkturpolitische Maßnahmen zu ergreifen. Nach den bisherigen Planungen ist wenigstens im laufenden Finanzjahr noch mit einem ansteigenden Defizit im Bundeshaushalt zu rechnen. Überdies dürfte außer Frage stehen, daß die Bundesregierung ein stärkeres Anwachsen der Arbeitslosigkeit nicht zulassen wird. So wird sich wohl der Beschäftigungsgrad der amerikanischen Wirtschaft in den kommenden Monaten — abgesehen von den üblichen Saisonschwankungen — zumindest auf der bisherigen Höhe halten und möglicherweise sogar leicht bessern.

In Westeuropa hat das wirtschaftliche Wachstum unvermindert angehalten. Die stärksten Impulse auf Produktion und Beschäftigung gingen in den letzten Monaten von der steigenden Nachfrage nach Investitionsgütern aus. Auch in den Ländern, wo die Expansion bisher hauptsächlich vom Konsum getragen wurde, ist eine deutliche Belebung der Investitionstätigkeit festzustellen. Neben den erhöhten Ausrüstungsinvestitionen im industriellen Bereich ist die rege Bautätigkeit nach wie vor ein bedeutender Auftriebsfaktor. Die Zunahme der Bauinvestitionen ist am stärksten ausgeprägt im privaten Wohnungsbau, da der Nachholbedarf immer noch sehr groß ist. Zunehmende Beschäftigung bei steigender Arbeitszeit, verschiedentlich verbunden mit Lohn erhöhungen, trug zur Hebung der Masseneinkommen bei, ohne indessen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — nennenswerte Preissteigerungen ausgelöst zu haben.

Diese Konjunktorentwicklung steht im Zeichen einer zunehmenden Differenzierung, die auf der einen Seite in einer Verringerung der Zuwachsraten, vor allem in Großbritannien, und auf der anderen Seite in einer Erhöhung der Zuwachsraten in den meisten kontinentaleuropäischen Industrieländern, insbesondere in Frankreich, zum Ausdruck kommt. Der Konjunkturaufschwung in Großbritannien stößt mehr und mehr an Grenzen. In den meisten Wirtschaftszweigen sind kaum noch Kapazitäts- und Arbeitsreserven vorhanden, und die Möglichkeiten für eine weitere Exportausweitung sind beschränkt. In diesem Zusammenhang wird in Großbritannien eine Zurückhaltung in der Kreditpolitik erörtert. In den skandinavischen Ländern zeichnen sich bereits Zahlungsbilanzschwierigkeiten ab, die Gegenmaßnahmen ausgelöst haben.

In Japan riefen die in der ungestümen Expansion der vorhergegangenen Jahre aufgetretenen Disproportionalitäten Zahlungsbilanzschwierigkeiten hervor und veranlaßten die Regierung zu sehr drastischen Einfuhrbeschränkungen und deflatorischen Maßnahmen, die zu einer anhaltenden Konjunkturückbildung führten.

Das industrielle Produktionsvolumen der westlichen Welt, das im Frühjahr und Sommer infolge des amerikanischen Produktionsrückganges noch

etwas unter dem Vorjahresstand lag, hat sich neuerdings diesem Stand wieder genähert. Der steigende Einfuhrbedarf Europas konnte zusammen mit vermehrten amerikanischen Stockpiling-Käufen den Rückgang der kommerziellen Rohstoffeinfuhr der Vereinigten Staaten mehr als ausgleichen. Bei relativ reichlichen Welternten und anhaltend hohen Vorräten in den Erzeugerländern beschränkte die amerikanische Stützungs politik bei den meisten Nahrungsmitteln das marktwirksame Angebot. Dementsprechend haben sich die Weltmarktpreise für Rohstoffe und Nahrungsmittel bei allerdings stark divergierender Entwicklung im ganzen etwa halten können. Die spekulative Übersteigerung des strukturell bedingten Preisanstiegs auf den Genußmittelmärkten wurde im August 1954 korrigiert, wenn auch die Preise weiter auf verhältnismäßig hohem Niveau blieben. Der Außenhandel und damit auch die gesamtwirtschaftliche Lage der Agrar- und Rohstoffländer entwickelte sich daher im einzelnen zwar unterschiedlich, im ganzen jedoch nicht ungünstig. So kennzeichnen gute Ernten, erhöhte Exportumsätze und angereicherte Devisenreserven vor allem die Entwicklung in Argentinien, Mittelamerika, im tropischen Afrika und Ceylon. Indessen haben fallende Wollpreise zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Australien, Neuseeland und Südafrika geführt. Die durch staatlich forcierte, die eigene Kraft übersteigende Industrialisierung verursachten Zahlungsbilanzschwierigkeiten, vor allem in einigen lateinamerikanischen Ländern, daneben auch z. B. in Indonesien und Thailand, haben angehalten.

Mit der Wirtschaftsexpansion in Westeuropa hat sich der Welthandel leicht ausgedehnt. An der Spitze stand hierbei der innereuropäische Austausch und der Austausch der überseeischen Agrar- und Rohstoffländer mit Europa, während der Außenhandel Nordamerikas abnahm. Bei verstärkter Konkurrenz der Industrieländer untereinander gingen die Fertigwarenpreise im Welthandel weiter langsam zurück; bei kaum veränderten Nahrungsmittel- und Rohstoffpreisen bedeutet dies eine Verschlechterung der terms of trade für die Industrieländer. Die durch hohe Produktionstätigkeit bedingte mengenmäßige Einfuhrzunahme, die die gleichzeitig erzielte Ausfuhrsteigerung übertrifft, sowie die Verschlechterung der terms of trade machen sich im westeuropäischen Handel in einer Tendenz zu erhöhten Einfuhrüberschüssen bemerkbar, während sich bei den Agrar- und Rohstoffländern die umgekehrte Entwicklung anbahnt. So trägt der europäische Konjunkturaufschwung über den Marktmechanismus auch zur Festigung der wirtschaftlichen Lage in den überseeischen Ländern und damit in der gesamten Weltwirtschaft bei. Aus dieser Situation heraus wird zugleich ein günstigeres Klima für die private Kapitalausfuhr in die überseeischen Rohstoffländer — auch aus den Vereinigten Staaten — geschaffen, die bisher nicht recht in Gang kam. Bei den zweifellos vorhandenen erheblichen Kapazitätsreserven der außereuropäischen Welt fehlt es nicht an Möglichkeiten einer weiteren Einfuhrsteigerung der europäischen Industrieländer, die der Gefahr von Übersteigerungen auf den Inlandsmärkten entgegenwirkt.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

In Westdeutschland ist in diesem Herbst die Investitionstätigkeit zum wichtigsten Träger der wirtschaftlichen Expansion geworden. Demgegenüber schwächten sich die Impulse, die jahrelang durch die Überschüsse der Außenhandels- und Devisenbilanz entstanden waren, stark ab. Andererseits fielen aber auch die Kassenüberschüsse der öffentlichen Haushalte, welche die Expansion lange Zeit dämpften, weitgehend fort. Insgesamt waren die Wachstumskräfte so stark, daß das Bruttosozialprodukt dem Volumen nach im ganzen Jahr 1954 um schätzungsweise 8—9 vH größer sein dürfte als im Jahre 1953.

Zu der starken Belebung der Investitionstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte haben in erster Linie steigende Gewinne und die Erwartung anhaltend guter Rentabilitätschancen geführt. Sinkende Kapitalzinsen haben die Investitionsneigung verstärkt. Alles dies regte die Unternehmerinitiative offenbar so stark an, daß die Lohn- und Gehaltserhöhungen der letzten Monate nicht als Hemmnis empfunden wurden. Hierbei mögen auch die erhoffte Entlastung der Einkommen durch die bevorstehende Steuerreform und sachlich nicht gerechtfertigte Erwartungen wachsender öffentlicher Auftragserteilung für Verteidigungszwecke — bewußt oder unbewußt — mitgespielt haben.

Nicht so stark wie die Ausrüstungsinvestitionen, aber doch auch beträchtlich, sind in der zweiten Hälfte dieses Jahres die Bauinvestitionen gestiegen. Das Schwergewicht der Bautätigkeit lag wiederum im Wohnungsbau.

Zu den anhaltend wachsenden Auftragsbeständen in den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien haben nach wie vor auch die Bestellungen aus dem Ausland beigetragen. Die westdeutschen Exporte sind weiter gestiegen. Da die Einfuhr jedoch weit stärker zunahm, hat sich der Aktivsaldo der Handelsbilanz seit September beträchtlich verringert. Darüber hinaus wies die „Kapitalbilanz“ wiederum nennenswerte Passivsaldo auf, so daß die gesamten Überschüsse der laufenden Devisenbilanz erheblich zurückgingen.

Der Rückgang der Geldstilllegungen in den öffentlichen Haushalten ergab sich daraus, daß die Ausgaben — hauptsächlich infolge verstärkter Verfügungen der Besatzungsmächte und erhöhter Ausschüttungen des Lastenausgleichs — rascher stiegen als die Einnahmen.

Zum Anstieg der Arbeitseinkommen hat neben der Beschäftigungszunahme seit längerem erstmals wieder eine Erhöhung der Tariflohnsätze beigetragen. Steigende Masseneinkommen und die günstige Entwicklung der Selbständigen-Einkommen ließen auch den privaten Verbrauch weiter anwachsen. Seine Entwicklung wird durch die Einzelhandelsumsätze und den Produktionsindex der Verbrauchsgüterindustrien um so weniger repräsentiert, je mehr sich der Lebensstandard bessert. Der Schwerpunkt der Verbrauchszunahme lag auf den langlebigen Nutzungsgütern und hochwertigen Nahrungsmitteln, während der Konsum von Textilien und Schuhen nahezu stagnierte.

Die starke Belebung der Investitionstätigkeit hat dazu geführt, daß sich nun die Preissituation gegenüber der Zeit vor einem Jahr insofern

wesentlich unterscheidet, als jetzt die nach oben gerichteten Tendenzen überwiegen.

Annäherung an die Vollbeschäftigung

Das rasche Wachstum der westdeutschen Wirtschaft hat in den letzten Monaten mehr und mehr zur Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte geführt und auch auf anderen Gebieten als dem Arbeitsmarkt die Grenzen einer weiteren güterwirtschaftlichen Expansion spürbar werden lassen. Die Phase der Entwicklung, in der die Wirtschaft sich im großen und ganzen auf ein reichliches Angebot an Arbeitskräften stützen und in der sich allenthalben das Angebot auf den Warenmärkten relativ reibungslos erweitern konnte, nähert sich offensichtlich ihrem Ende.

Bisher sind allerdings außer dem partiellen Mangel an geeigneten Arbeitskräften Engpässe, die die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt hätten, noch nicht aufgetreten. Vor allem in der Eisen- und Stahlwirtschaft deutet sich indes eine Situation an, in der das Binnenangebot mit der Erweiterung der Nachfrage nicht mehr Schritt halten kann.

In der Eisen- und Stahlwirtschaft haben die Verkäufermärkte, die bereits im Sommer hier und dort auftraten, immer weitere Bereiche erfaßt. Obwohl in den ersten Monaten dieses Jahres, infolge der damaligen Marktlage, die Rohstahlerzeugung noch gedrosselt war, wird das Jahresergebnis der Rohstahlproduktion mit etwa 17,5 Mill. t einen neuen Nachkriegshöchststand (1952: 15,8 Mill. t) bringen. Die gegenwärtige Erzeugung (Oktober/November) entspricht sogar einer Jahresproduktion von 19,6 Mill. t. Die veränderte Marktlage macht sich für die Verbraucher vor allem in teilweise beträchtlichen Verlängerungen der Lieferfristen, für die Erzeuger in sehr hohen Auftragsbeständen bemerkbar. Preisreaktionen, die einer solchen Marktlage entsprechen würden, halten sich bisher in verhältnismäßig engen Grenzen. Bei offiziell im ganzen unveränderten Preislisten ist seit Herbst bei allen Sorten der sogenannte Monnet-Rabatt von 2,5 vH weggefallen; darüber hinausgehende Preiserhöhungen dürften sich aber bereits hier und dort in der Berechnung von Aufgeldern u. ä. niederschlagen.

Im Steinkohlenbergbau, bei dem bis in den Sommer hinein die Haldenbestände nicht nur saisonmäßig gewachsen waren, hat sich jetzt wieder eine Marktlage herausgebildet, die zwar keinesfalls als Mangellage angesprochen werden kann, die aber doch so beengt ist, daß zusätzliche Belastungen, die über das saisonübliche Maß hinausgehen — also etwa länger anhaltender und strenger Frost —, zu Anspannungen führen könnten.

Auch in anderen Industrien, vor allem in den Investitionsgüterindustrien, ist die Produktion in den letzten Monaten den gegenwärtigen Kapazitätsgrenzen sehr nahe gekommen.

Obwohl auch die Kapazitäten der Bauwirtschaft bereits in den Sommer- und Herbstmonaten weitgehend ausgenutzt waren, wird hier stärker als in anderen Wirtschaftszweigen eine weitere Produktionssteigerung durch die Zahl der vorhandenen und noch zu gewinnenden Arbeitskräfte bestimmt.

Spannungen auf dem Arbeitsmarkt

Die Aufrechterhaltung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate würde unter sonst gleichen Voraussetzungen einen absolut noch höheren Zuwachs an unselbständigen Arbeitskräften erfordern, als er im letzten Jahr erreicht worden ist, in dem (von September 1953 bis September 1954) die Zahl der Beschäftigten um 786 000 (= 4,9 vH) zugenommen hat.

Mit einem Zuwachs in dieser Höhe ist nicht mehr zu rechnen. Immerhin sind noch beträchtliche Reserven vorhanden. Die Zahl der Arbeitslosen, denen durch geeignete Maßnahmen Beschäftigung vermittelt werden kann, wird zum Teil unterschätzt. Außerdem ist das Angebot an weiblichen Arbeitskräften, das schon in den vergangenen Jahren zunehmend genutzt wurde, an vielen Orten noch recht elastisch.

Auch wird die Zahl der Schulentlassenen im kommenden Jahr nur wenig kleiner sein als 1954 (schätzungsweise 900 000 gegenüber 920 000). Der starke Rückgang setzt erst 1956 ein. Die lebhaftere Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt mag ferner dazu führen, daß Arbeitskräfte jetzt später als sonst üblich aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Die Nettozuwanderung in das Bundesgebiet, insbesondere die von Flüchtlingen aus der Sowjetzone, ist in den letzten Monaten zurückgegangen.

Regional und qualitativ dürfte sich die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen. Die Schwierigkeiten des regionalen Ausgleichs sind nach der vorhergegangenen jahrelangen Auslese eher größer als kleiner. Noch weniger als das gesamte Arbeitsangebot wird aber die Zahl der Fachkräfte zunehmen können, so daß bei der wachsenden Nachfrage gerade nach diesen Kräften hier die Verknappung besonders spürbar werden wird. Dies gilt, obwohl mit einer nennenswerten Inanspruchnahme des Arbeitspotentials für militärische Zwecke vorerst nicht zu rechnen ist.

Zur Preisentwicklung

Nach der lange anhaltenden Phase der „Mengenkonjunktur“ hat die starke Steigerung der Nachfrage zunächst keine nennenswerten Preisreaktionen mit sich gebracht. Erst mit spürbarer Verringerung der Angebotselastizität in wichtigen Bereichen haben sich seit dem Herbst Preiserhöhungstendenzen herausgebildet.

Bei dem in der großen Linie auf Stabilität ausgerichteten Preisverhalten der Grundstoffproduzenten hat sich die Zunahme der Auftragsbestände im allgemeinen nur in relativ geringen Preiserhöhungen ausgewirkt. Dies gilt selbst für Grundstoffe, bei denen auch international die Nachfrage steigt. Der aus dem Rahmen fallende Anstieg der Holzpreise ist auch auf den Einfluß von Sonderfaktoren zurückzuführen. Wo die geringe Preiselastizität eine tendenzielle Annäherung der Nachfrage an das Angebot erschwert, treten lange Lieferfristen oder andere Formen nichtpreislicher Selektion in Erscheinung. Insgesamt haben sich die Preise der industriellen Grundstoffe und Produktionsgüter seit der Jahresmitte um etwa 2 vH erhöht.

Für den Preisverlauf der Investitionsgüter war zwar auch der Anteil der verschiedenen, im ein-

zelnen sehr unterschiedlich verteuerten Rohstoffe und der Löhne an den Produktionskosten von Bedeutung. In welchem Maße Kostenerhöhungen weitergegeben wurden, hing aber weit stärker von der Marktform des Angebots, dem Tempo der Nachfragesteigerung und der Elastizität der Produktion ab.

So haben die Baukosten schon seit dem Frühjahr einen deutlich steigenden Preistrend. Da die Preise der Eisen-, Blech- und Metallindustrie auf Nachfrageschwankungen stark reagieren, sind sie infolge der hier beträchtlich steigenden Nachfrage ebenfalls nach oben gerichtet. Im Maschinenbau und in der Elektrotechnik sind dagegen bis jetzt nur in einzelnen Gruppen Preiserhöhungen eingetreten.

Auf den Verbrauchsgütermärkten ist mit der Erhöhung des Lebensstandards die Nachfrage nach Gütern des gehobenen Bedarfs stark gewachsen, während die Nachfrage nach lebensnotwendigen Gütern weitgehend gleichblieb. Demzufolge war bei der Mehrzahl der sogenannten kurzlebigen Verbrauchsgüter von der Nachfrage her kein Grund zu nennenswerten Preiserhöhungen gegeben. Da das Angebot bei gut ausgenutzten Kapazitäten reichlich und die Konkurrenz der Produzenten sowie des Handels — bei im allgemeinen hohen Lagerbeständen — außerordentlich lebhaft ist, blieb der Preisdruck hier bestehen. Dagegen sind im Bereich der langlebigen Verbrauchsgüter Preiserhöhungstendenzen vorhanden, z. B. bei Hausrat und Wohnbedarf. Wo die technische Entwicklung rasch voranschreitet, wurden die Preise bis in die letzte Zeit hinein noch vielfach gesenkt.

Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben sich in letzter Zeit nicht mehr erhöht. In der Nahrungsmittelverarbeitung wurden dagegen lange nicht durchsetzbare Preiserhöhungen jetzt vorgenommen (Getreideerzeugnisse). Die gesamten Lebenshaltungskosten waren in den letzten Monaten leicht nach oben gerichtet; im Laufe dieses Jahres betrug ihre Erhöhung knapp 2 vH. Daran waren die Ernährungskosten (+ 3 vH) — auch infolge des schlechten Ernteausfalls — am stärksten beteiligt.

Der Preisanstieg im Grundstoff- und Investitionsgüterbereich wird voraussichtlich zunächst weiter anhalten. Dagegen ist nicht anzunehmen, daß die Verbrauchsgüterpreise dieser Tendenz in gleicher Stärke folgen werden. Eine gewisse Sicherung gegen Preiserhöhungen bieten hier die Zunahme des Inlandsangebots auf wichtigen Nahrungsmittelmärkten, sowie die Bestrebungen, etwaigen Angebotsverknappungen durch Importe entgegenzutreten. Diejenigen gewerblich erzeugten Verbrauchsgüter, deren Preise wahrscheinlich weiter aufwärts gerichtet bleiben werden, haben im Durchschnittshaushalt ein zu geringes Gewicht, als daß hierdurch die Lebenshaltung nennenswert verteuert werden könnte.

Alles in allem hielt sich der Preisanstieg bisher in engem Rahmen. Es handelt sich um marktwirtschaftliche Reaktionen, die — bei entsprechender Wirtschaftspolitik — Gegenkräfte zur Korrektur etwaiger Übersteigerungen auslösen.

Zur monetären Situation

Die monetäre Entwicklung unterlag in der letzten Zeit Einflüssen, die sich nicht unerheblich von denen der vorangegangenen Monate unterscheiden. Durch die Verringerung der Ausfuhrüberschüsse schwächte sich bei anhaltender Passivität der Kapitalbilanz einer der wesentlichen Faktoren ab, die die Geldmenge expansiv beeinflussen. Andererseits gingen gleichzeitig die Kassenüberschüsse der öffentlichen Haushalte und damit die Geldstillegung zurück.

Die Nachfrage der Wirtschaft nach kurzfristigen Krediten konnten die Banken bei etwas verringertem, im ganzen aber immer noch sehr günstiger Liquidität mühelos decken. Ihre längerfristige Kreditgewährung nahm noch stärker zu als das gleichzeitige Aufkommen an längerfristigen Mitteln.

Von einer Geldmarktversteifung ist so lange keine unmittelbare Wirkung auf die Entwicklung des Kapitalzins zu erwarten, als der Diskontsatz nicht reagiert. Die bisher abwärts gerichtete Entwicklung des Kapitalzins wird durch die bevorstehende steuerliche Entlastung der Einkommen unterstützt. Diesem positiven Einfluß steht entgegen, daß die sehr lebhaft und steigende Investitionstätigkeit den Bedarf an längerfristigen Finanzierungsmitteln ständig größer werden läßt und damit zinserhöhend wirkt. Die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft würde aber auch durch leicht steigende Kapitalzinsen kaum beeinträchtigt werden, weil die Selbstfinanzierungskräfte stärker werden und die Zinskostenbelastung an Gewicht verliert.

Bei der starken Steigerung des Sozialprodukts werden sich die Wirkungen, die von der Steuerreform auf die Einnahmen der öffentlichen Hand ausgehen, darin äußern, daß diese nicht mehr weiter zunehmen, sondern ihren bisherigen Stand in etwa halten dürften. Einnahmeausfälle, die sich aus den Tarifsenkungen der Einkommensteuer ergeben, werden durch den weitgehenden Fortfall der Vergünstigungen und den Anstieg der übrigen Steuern weitgehend kompensiert werden. Das schließt nicht aus, daß vorübergehend Kassendefizite auftreten und bisher stillgelegte Gelder verausgabt oder auf Kreditplafonds zurückgegriffen werden müßte. Für die nächsten Monate ist damit zu rechnen, daß die Besatzungsmächte monatlich etwa 500—600 Mill. DM verausgaben werden, so daß die seit einiger Zeit hier zu beobachtende Abnahme der Geldstillegung weiter anhalten dürfte. In welchem Tempo und Ausmaß expansive Wirkungen von den Finanzen des Bundes nach dem Beitritt Westdeutschlands zur NATO ausgehen werden, läßt sich jetzt noch nicht übersehen.

Zusammenfassung

Hält die Expansion der Nachfrage in dem raschen Tempo und mit der besonderen Struktur weiter an, die sich in den letzten Monaten herausgebildet haben, so wäre die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß auf solchen Gebieten, auf denen das Angebot kurzfristig nur langsam oder kaum erweiterungsfähig ist, Engpaß-Situationen entstehen, mit den damit verbundenen unerwünschten Begleiterscheinungen. Diese könnten vor allem dann vermieden werden, wenn sich die

Wirtschaft spekulativer Überschätzungen der Nachfrage, die von der Rüstung ausgehen wird, und einer in der gegenwärtigen Lage nicht begründeten Antizipation dieser Nachfrage enthält. Die Bedingungen für das Anhalten eines reibungslosen und damit auf längere Sicht gesehen auch nachhaltigen, alle Teile der Wirtschaft möglichst gleichmäßig erfassenden Wachstums wären heute besser erfüllt, wenn die Unternehmungen das Tempo, in dem sie ihre Aktivität, vor allem ihre Investitionstätigkeit ausdehnen, etwas zügeln würden. Dies gilt für alle Bereiche der öffentlichen und privaten Wirtschaft, mit Ausnahme eben jener Teile, in denen das Angebot in seinem Wachstum offensichtlich hinter der Nachfrage zurückgeblieben ist. Je mehr sich die Investitionen auf diese Bereiche konzentrieren, desto rascher vermag sich das Angebot hier zu erweitern und desto günstiger werden die Voraussetzungen für eine möglichst rasche und vor allem gleichmäßige gesamtwirtschaftliche Expansion.

Wenn auch die Angebotselastizität in den kapitalintensiven Wirtschaftszweigen kurzfristig nur gering sein kann, so wäre es doch verkehrt, mit einer absoluten starren Grenze des Angebots zu rechnen. Die Investitionstätigkeit war in den zurückliegenden Jahren auch hier nicht gering, so daß laufend Investitionsprojekte nun die Produktionsreife erreichen und sich daher das Angebot ständig erweitert. Das trifft z. B. für die Eisen- und Stahlindustrie zu, gilt aber auch für andere, gegenwärtig knappe Grundstoffe und Investitionsgüter.

Selbst auf dem Arbeitsmarkt ist das Angebot nicht so unelastisch, wie hier und dort befürchtet wird, wenn auch nicht mit dem gleichen absoluten Zuwachs an Arbeitskräften wie im vergangenen Jahr gerechnet werden darf und sich die Knappheit an Fachkräften verschärfen wird.

Die natürliche Reaktion auf eine Verschiebung in der Angebot-Nachfrage-Relation besteht dort, wo sich marktwirtschaftliches Geschehen durchsetzen kann, darin, daß sich die Preisstruktur zugunsten der knappen Produktionsfaktoren und Waren verändert. Die Preistendenzen der letzten Monate sind als Ansätze einer Entwicklung in dieser Richtung zu betrachten. Wenn auch auf einzelnen Märkten steigende Preise nur in gewissem Umfange die Nachfrage kurzfristig dämpfen können, so haben sie selbst hier den Vorteil, daß sie einen Anreiz und durch wachsende Gewinne auch die Möglichkeit mit sich bringen, daß sich das Angebot rascher als sonst erweitert. Nichts wäre verkehrter, als darin bei der gegenwärtigen monetären Konstellation den Beginn eines inflatorischen Prozesses erblicken zu wollen.

Gesamtwirtschaftlich wie auf einzelnen Märkten kann sich das Angebot auf dem Binnenmarkt ferner durch steigende Einfuhren erhöhen. Hierzu sind auch die Lieferungsmöglichkeiten aus West-Berlin zu rechnen, dessen Wirtschaft in einzelnen Branchen noch über erhebliche Produktionsreserven verfügt. Hierdurch wird der Unelastizität des Angebots aus der heimischen Produktion in gewissem Umfang entgegengewirkt. Und in der Tat hat sich dieses Ventil in den letzten Monaten bereits geöffnet, wie die steigenden Einfuhren zeigen. Von seiten der Devisenreserven, über die die Bundesrepublik verfügt, ergibt sich für einen

solchen Ausgleich im Rahmen der weltwirtschaftlichen Verflechtung keine Begrenzung, die für die Entwicklung der nächsten Monate bedeutsam werden könnte. Hierbei ist besonders hervorzuheben, daß die Ausfuhr immer noch steigt und die Devisenbilanz nach wie vor mit — wenn auch abnehmenden — Überschüssen abschließt.

Steigendes Angebot aus der Einfuhr würde gewiß auch die Preisentwicklung auf den Binnenmärkten beeinflussen. Eine Politik der weiteren

Einfuhrliberalisierung (im weitesten Sinne) hätte damit über das strukturpolitische Ziel der marktwirtschaftlichen Ausrichtung der Außenwirtschaft heute auch konjunkturpolitische Bedeutung, weil dadurch der Gefahr einer möglichen Übersteigerung der Binnenkonjunktur entgegengewirkt werden könnte, und zwar um so wirkungsvoller, als bei der gegenwärtigen konjunkturellen Konstellation die Fertigwarenpreise im Welthandel noch sinken.

Zur Wirtschaftlichkeit der volkseigenen Wirtschaft in der Sowjetzone

Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin

Im System der sowjetzonalen Befehlswirtschaft besteht die Wirtschaftsrechnung aus zwei Teilen, der Mengen- und der Geldrechnung. Würde die Mengenrechnung, die von primärer Bedeutung ist, richtig aufgestellt sein, so müßte die kaum übersehbare Vielzahl an Gütern, die dem Bedarf der Bevölkerung in der Planperiode dienen sollen, in Bilanzen erfaßt werden, die für jedes einzelne Bedarfsgut Aufkommen und Verwendung einander gegenüberzustellen hätten. In Anbetracht der unterschiedlichen Dringlichkeit der zu befriedigenden Bedürfnisse müßte darüber hinaus die Unzahl der Bedarfsgüterbilanzen in einem exakt nicht zu bewältigenden Prozeß, der bereits bei der Planaufstellung beendet sein müßte miteinander abgestimmt werden, um den Volkswirtschaftsplan auch nur annähernd in ein Gleichgewicht zu bringen.

Tatsächlich jedoch beweisen die von sowjetzonaler Seite zugegebenen andauernden Disproportionen das Unvermögen, all dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

Mit Hilfe der sowjetzonalen Geldrechnung können in den einzelnen Betrieben die verschiedenen Kostenarten miteinander verglichen und den Erträgen, die sich aus den Abgabepreisen der umgesetzten Warenmengen ergeben, gegenübergestellt werden. Hierdurch wird der Anschein erweckt, als ob vergleichbare Rechnungen durchgeführt würden. Ein solcher Vergleich setzt aber voraus, daß das volkswirtschaftliche Preissystem, das beispielsweise der Bewertung der Kostengüter und Erträge dient, die naturalen Knappheitsverhältnisse hinreichend genau widerspiegelt, wie sie aus den Bedarfsgüterbilanzen, wenn sie sich untereinander einigermaßen im Gleichgewicht befinden, ablesbar sein müßten. Weiterhin wäre erforderlich, daß während des Wachstums der Wirtschaft, das wechselnde Knappheiten hervorbringt, die Gleichgewichtspreise diese Änderungen ausdrückten. Dies würde bedeuten, daß die festgesetzten Preise von Planperiode zu Planperiode den neuen Gegebenheiten angepaßt werden müßten.

Gegenüber diesen Grunderfordernissen ist jedoch festzustellen, daß die sowjetzonalen Preise diese Aufgaben keineswegs erfüllen. Die staatlich diktierten Preise sind teils 1944-er Stopppreise, die allerdings in beträchtlichem Umfange durch Preise auf Grund von Ausnahmegenehmigungen ersetzt worden sind, die den Kostenerhöhungen der Zwischenzeit entsprechen sollen. Teils be-

steht, so in der Landwirtschaft und für Konsumgüter, ein doppeltes Preisniveau, dem insbesondere politische oder fiskalische Überlegungen zugrunde liegen. Endlich hat man auf dem Gebiet des Bergbaues, der Metallurgie und der Energie versucht, die „Grundsätze der Preispolitik“ vom Februar 1953¹⁾ zu verwirklichen, die sich jedoch die Darstellung der Knappheitsrelationen nicht zur Hauptaufgabe gemacht haben.

Daraus ergibt sich, daß das sowjetzonale Rechnungswesen, das diese Preise als Bewertungsmaßstab zu benutzen genötigt ist, marktwirtschaftlich gesehen nicht zu ökonomisch rationalen Ergebnissen führen kann. An Stelle von Selbstkosten, von Gewinnen oder Verlusten und anderen wirtschaftlichen Kennziffern, die betriebswirtschaftlichen Aufgaben (Ordnung, Kontrolle sowie Betriebsanleitung) dienen können, fallen notwendigerweise im sowjetzonalen Wirtschaftssystem ausschließlich wirtschaftliche Kennziffern an, die lediglich für die Zwecke der Planbürokratie brauchbar sind.

Sowjetzonale Feststellungen über rentable und nicht rentable Betriebe sind daher vom Standpunkt der wirtschaftlichen Rationalität aus ohne Wert, solange nicht ein Preissystem besteht, das aus seiner Grundkonzeption heraus imstande ist, brauchbare Resultate für wirtschaftliche Entscheidungen zu liefern. Materielle Anreize für die Belegschaft, die Rentabilität aufrechtzuerhalten und zu erhöhen, z. B. in Gestalt des sog. Direktorfonds, welche die Ermittlungen der Ergebnisrechnung zugrunde legen, können daher unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu ökonomischen Fehlleitungen führen und haben lediglich fiskalische Bedeutung, soweit sie zur rein rechnerischen Erfüllung des Staatshaushaltsplanes beitragen.

Die sowjetzonale Wirtschaftsverwaltung berücksichtigt nicht die hier dargestellten grundsätzlichen Mängel ihrer Wirtschaftsrechnung, denn das Schwergewicht ihrer Kritik an der ökonomischen Lage der volkseigenen Wirtschaft hat bisher den technologischen Mißständen gegolten. Seit mehreren Jahren wird ohne nennenswerten Erfolg versucht, die Fehler der Plantechnik, der Betriebs- und Arbeitsorganisation zu beheben, die als ungenügende, diskontinuierliche und qualitativ unzureichende Materialversorgung, als technisch unbegründete Materialverbrauchs- und Arbeitsnormen, als Kapazitätsausfälle, Maschi-

¹⁾ Vgl. hierzu Wochenbericht des DIW, 21. Jg., Nr. 43, S. 169

nenhavarien und Stillstandszeiten und als unverhältnismäßig hohe Ausschußproduktion zwangsläufig die angestrebte Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten unmöglich machen.

„Die Entwicklung und Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Maschinenindustrie wird fortgesetzt dadurch gehemmt und gestört, daß die Betriebe ihre Produktion immer wieder unterbrechen müssen, weil sie Schwierigkeiten mit der Beschaffung der notwendigen Materialien haben“²⁾. Hier wird bestätigt, daß der Handel in der Wirtschaft der SBZ seine eigentliche Aufgabe nicht erfüllt, weil er lediglich die geplanten Kontingente verteilt, jedoch den individuellen und häufig wechselnden Bedarf der Betriebe nicht befriedigen kann. Die deshalb in den Betrieben selbst vorgenommene Lagerhaltung (so befanden sich bei einigen Gruppen der metallverarbeitenden Industrie im Sommer 1953 zehnmal soviel Stabstahl und fast zwanzigmal soviel Grobbleche wie beim Handel) hat die Wirkung einer verbrauchstörenden Hortung wegen des für die Planwirtschaft typisch gewordenen Betriebsegoismus, der eine bedarfsgerechte Verteilung der ohnehin knappen Roh- und Halbstoffe verhindert und die bestehende Knappheit noch steigert.

Dieser Zustand ist charakteristisch für alle Industriezweige und hat sich bis heute nicht wesentlich geändert. Deshalb haben die Betriebe zur Selbsthilfe gegriffen und in Form von Zeitungsannoncen eine „Materialbörse“ geschaffen, in der sie Angebot und Nachfrage austauschen. Mit diesem aus einer Zwangslage geborenen Markt wird augenfällig eine der Hauptschwächen des sowjetzonalen Wirtschaftssystems bewiesen. Wenn auch die Nachteile einer Zentralverwaltungswirtschaft auf diese Weise zeitweilig gemildert werden können, so ist doch die Erweiterung der Bewegungsfreiheit der Planträger zugleich eine latente Gefahr für die Planwirtschaft selbst.

In engem Zusammenhang mit der schlechten Materialversorgung steht die hohe Ausschußquote. Allein durch schlechten Guß soll in der volkseigenen Industrie ein Jahresverlust von 200 Mill. DM verursacht worden sein³⁾. Es wird zugegeben, daß in Schwerpunktbetrieben die Ausschußquote steigende Tendenz aufweist.

Im Karl-Liebknecht-Werk, Magdeburg (vorm. Wolf, Buckau), lag sie im September 1954 bei mehr als 10 vH und in der Eisengießerei des Karl-Marx-Werkes, Magdeburg (vorm. Otto Gruson), betrug sie sogar 11,4 vH. In den Zeisswerken, Jena, erreichte im letzten halben Jahr die Ausschußproduktion einen Wert von fast einer Million DM⁴⁾. Bei Fichtel und Sachs, Reichenbach, wird von einem Ausschuß mit „fast astronomischen Zahlen“⁵⁾ berichtet. Innerhalb von neun Monaten ist eine ganze Monatsproduktion verloren gegangen. Im Büromaschinenwerk Chemnitz mit einem geplanten Produktionswert von 12,6 Mill. DM und einer zulässigen Ausschußquote von 0,5 vH lag diese 1954 im Durchschnitt bei 6,4 vH. Daß diese Ausschußproduktion im wesentlichen auf schlechtes Material zurückgeht,

zeigen die Beanstandungen des Büromaschinenwerkes VEB Optima, Leipzig, das 36 vH der Graugußbezüge aus dem Eisenhüttenwerk Thale und 34 vH der Stahlgußbezüge aus dem Stahlwerk Riesa als Ausschuß zurückweisen mußte.

Weitere Produktionsverluste und Stillstandszeiten entstanden in der volkseigenen Wirtschaft durch schlechte Planungs- und Arbeitsorganisation, die Überstunden notwendig machten. Diese Situation wurde infolge eines gegenüber 1953 noch erhöhten Krankenstandes verschärft. 1952 mußten rund 200 Mill. DM Lohnfelder für Stillstandszeiten und etwa 35 Mill. DM für Überstunden aufgewendet werden⁶⁾. 1954 sind von Januar bis September allein durch Krankheit etwa 600 Mill. Arbeitsstunden, d. h. rd. 5 vH der Soll-Arbeitsstunden von rd. 12 Mrd. im Dreivierteljahr⁷⁾ und damit über 75 Mill. Arbeitsstunden mehr ausgefallen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, wodurch die Sozialversicherung und damit der Staatshaushalt weit über 50 Mill. DM zusätzlich ausgeben mußte⁸⁾.

In der Neptunwerft, Rostock, sind 1954 bisher insgesamt etwa eine Million Arbeitsstunden ausgefallen. In der gesamten Werftindustrie der SBZ waren es im ersten Vierteljahr 1954 bereits 4,3 Mill. Ausfallstunden⁹⁾. Die höchsten Planrückstände in der gesamten SBZ, zum großen Teil bedingt durch Ausfall- und Stillstandszeiten, weist das Braunkohlenwerk „John Scheer“ bei Senftenberg auf. Im Ernst-Thälmann-Werk, Magdeburg (vormals Krupp-Gruson), sind bis August 1954 32 000 Arbeitstage allein durch Erkrankungen mehr ausgefallen als geplant. Infolge siebenmaliger Änderung des Produktionsplanes gab es im Karl-Marx-Werk, Magdeburg (vorm. Otto Gruson), Stockungen, wodurch ein großer Teil der Arbeiter nicht im Leistungs-, sondern nur im Zeitlohn arbeiten konnte. Daraufhin stieg der Krankenstand auf durchschnittlich rd. 9 vH, weil diese Zeitlöhner das höhere Krankengeld plus Lohnausgleich vorzogen¹⁰⁾. In den Textilwerken Hartha lag der Krankenstand 1954 zwischen 8,2 und 10,2 vH. In den ersten fünf Monaten 1954 sind dort rd. 24 000 Arbeitsstunden mehr ausgefallen als in der entsprechenden Zeit 1953. Im Büromaschinenwerk Chemnitz fielen bis zum 30. September 1954 etwa 600 000 Arbeitsstunden aus.

Der erhöhte Krankenstand ist nicht nur auf Arbeitsbummelei zurückzuführen, wie dies die sowjetzonale Presse darstellt, sondern ohne Zweifel auch eine Folge des unzureichenden Arbeitsschutzes und der dadurch bedingten Unfallgefahr. Die Investitionsmittel für Arbeitsschutz wurden bis zum 30. September 1954 in der gesamten Bauindustrie nur zu 20 vH, in der Eisen-, Blech- und Metallindustrie zu 35 vH und in den Erzgruben Saalfeld nur zu 24 vH in Anspruch genommen.

Bei all diesen Erscheinungen fällt erschwerend ins Gewicht, daß das Arbeitseinkommen nicht der geringen Arbeitsproduktivität entsprechend niedrig gehalten wurde, sondern im Gegenteil un-

²⁾ „Neues Deutschland“ vom 24. 9. 1953, S. 3.

³⁾ „Tägliche Rundschau“ vom 16. 11. 1954, S. 3/4.

⁴⁾ „Neues Deutschland“ vom 7. 12. 1954, S. 1.

⁵⁾ „Volksstimme Chemnitz“, vom 22. 11. 1954.

⁶⁾ „Neues Deutschland“ vom 23. 9. 1953, S. 5.

⁷⁾ Berechnet nach SBZ-Archiv, Nr. 22, vom 20. 11. 1954, S. 346.

⁸⁾ „Tribüne“ vom 7. 12. 1954, S. 5.

⁹⁾ „Die Welt“ vom 30. 11. 1954.

¹⁰⁾ „Tribüne“ vom 7. 12. 1954, S. 5.

verhältnismäßig stark gewachsen ist, und zwar durch die im wesentlichen politisch bedingten Lohnerhöhungen und als Folge der Übererfüllung der Arbeitsnormen, die nur der Quantität, nicht aber der Qualität dient und durch ausgeklügelte Antreibermethoden erreicht wird. Die hieraus resultierende überplanmäßige Kaufkraft ist nicht im gleichen Umfange als Verbrauch oder über Spareinlagen in den Wirtschaftskreislauf zurückgeflossen, sondern wurde gehortet, was der seit Jahresfrist um über eine Milliarde gestiegene Bargeldumlauf beweist.

Die geforderte technische Begründung aller Arbeitsnormen steht noch aus. So wird gemeldet, daß im Großdrehmaschinenwerk „7. Oktober“, Berlin-Weißensee, nur 2 vH und bei Bergmann-Borsig, Berlin, nur 2,1 vH aller Normen technisch begründet sind. Diese, auch anderen Betrieben in der Presse der SBZ gemachten Vorhaltungen sollen die Lohnfondsüberschreitungen erklären und zugleich den Ansatzpunkt für Gegenmaßnahmen — zuerst der einzelnen Betriebe, später aber des Staates — anzeigen. „Notwendig ist, sofort und auch bei der Planung für 1955 den Lohnfonds in das richtige Verhältnis zur Produktion zu bringen“¹¹⁾.

Dem Ministerium für Maschinenbau wird vorgeworfen, derartige Lohnerhöhungen einfach im Wege der Preiserhöhungen, beispielsweise für Bergbaumaschinen, finanziert zu haben, ein Vorgang, der zu den Grundsätzen der sowjetzonalen Preispolitik in absolutem Widerspruch steht¹²⁾. Es hat den Anschein, daß mit solchen und ähnlichen Vorwürfen die Notwendigkeit von Normerhöhungen bzw. Lohnkürzungen vor der Arbeiterschaft begründet werden soll, da zugleich darauf hingewiesen wird, daß nach der volkseigenen Land- und Forstwirtschaft der Monatslohn des Arbeiters in der volkseigenen Industrie seit 1950 am stärksten gestiegen ist.

Zunahme des Monatslohnes bis 1953¹³⁾ 1950 = 100

Arbeiter in der volkseigenen Industrie	129,8
Beschäftigte in der volkseigenen Industrie	128,7
Beschäftigte im volkseigenen Handel	114,6
Beschäftigte in der volkseigenen Land- und Forstwirtschaft	133,2

Besonders scharfer Kritik unterliegt die Strukturänderung des Arbeitseinkommens zugunsten der „nicht in der Produktion Beschäftigten“. Seit Jahren nimmt der Anteil der Angestellten und Verwaltungskräfte schneller zu als der Anteil der „Produktionsarbeiter“.

Auf einen Angestellten sollen im Großdrehmaschinenwerk „7. Oktober“, Berlin-Weißensee, nur 2,8 Produktionsarbeiter entfallen. Im Berliner Glühlampenwerk (vormals Osram) soll die Anzahl der Produktionsarbeiter seit 1952 um

¹¹⁾ „Deutsche Finanzwirtschaft“, Jg. 1954, Nr. 20, S. 1016.

¹²⁾ „Tägliche Rundschau“ vom 16. 11. 1954, S. 3. — Die Investitionen im Braunkohlenbergbau sollen aus diesem Grunde um 6 Mill. DM überschritten worden sein.

¹³⁾ „Statistische Praxis“, Jg. 1954, Heft 10.

18 vH gefallen, der Anteil der nicht in der Produktion Beschäftigten dagegen um 11 vH gestiegen sein. Diese Beispiele sind typisch auch für die anderen Zweige der volkseigenen Wirtschaft und beweisen ihre zunehmende Bürokratisierung. Denn es handelt sich hierbei nicht um die Auswirkung einer zunehmenden Mechanisierung des Arbeitsprozesses.

Die hier dargestellten Faktoren haben bewirkt, daß die für die Verlustbetriebe geplanten Jahreszuschüsse bereits bis zum 30. September 1954 fast völlig verbraucht worden sind. 27 vH aller volkseigenen Betriebe arbeiten gegenwärtig mit Verlust¹⁴⁾. 1952 wurden von amtlicher Stelle der SBZ 562 Industriebetriebe als Verlustbetriebe angegeben. Hieraus muß auf ein Ansteigen des Anteils der Verlustbetriebe geschlossen werden. Das geht auch daraus hervor, daß die erzielte Selbstkostensenkung fast auf den Nullpunkt gefallen ist.

Selbstkostensenkung in der volkseigenen Wirtschaft¹⁾
in vH

Jahr	Plan	Ist
1951	•	7,5
1952	5,4	²⁾ 4,4
1953	6,0	2,1
1954	3,9	³⁾ 0,6

¹⁾ „Neues Deutschland“ vom 16. 11. 1954, S. 3. — ²⁾ Nach dem Erfüllungsbericht der Staatlichen Plankommission nur 4,2 vH. — ³⁾ Ergebnis für das 1. Halbjahr 1954.

Die Überschüsse der volkseigenen Wirtschaft (Produktion und Handel), auf denen die Kapitalbildung basiert, sind 1954 um mehr als eine halbe Milliarde niedriger als im Staatshaushaltsplan vorgesehen. Die Ausfälle betreffen mit 46 Mill. DM die Schwerindustrie, mit 160,3 Mill. DM den Maschinenbau, mit 142,1 Mill. DM die Leichtindustrie und mit 221 Mill. DM den staatlichen Handel¹⁴⁾.

Der öffentliche Haushalt hat außer den geplanten Verlusten auch überplanmäßige und außerplanmäßige abdecken sowie erhöhte Investitionen (400 Mill. DM über den Plan hinaus) finanzieren müssen, weil infolge gestiegener Kosten und zurückgehender Bauleistungen das ursprüngliche Ziel sonst nicht erreicht worden wäre.

Diese Über-, ja Fehlbeanspruchung des Staatshaushaltes und die aus fast allen Industriezweigen gemeldeten Produktionsrückstände, die, soweit sie das Exportprogramm betreffen, aus Devisenmangel wiederum Importausfälle verursachen und zum Zwecke deren Beseitigung eine zunehmende Beanspruchung des Produktionsvolumens für den Außenhandel zur Folge haben, verhindern sowohl die zur Beseitigung der Verlustquellen in der Industrie erforderlichen Rationalisierungs-Investitionen als auch die Bildung eines dem erhöhten Lohnfonds adäquaten, nur auf dem Inlandsmarkt verfügbaren Warenfonds.

¹⁴⁾ „Tägliche Rundschau“ vom 16. 11. 1954, S. 3/4.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.

Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler. Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N63, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung) im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Diese Doppelnummer umfaßt 8 Textseiten und 2 Zahlenbeilagen —

^{a)} BRD = Bundesrepublik Deutschland, W-B = West-Berlin, † E = Monatsende, S = Monatssumme, D = Monatsdurchschnitt. — *Kursive Zahlen*: Vorläufig oder geschätzt. — ^{o)} Berichtigte Zahl.

¹⁾ Arbeiter, Angestellte und Beamte; ohne Heimarbeiter. — ²⁾ Einschl. anerkannter politischer Flüchtlinge ohne Zuzug. — ³⁾ Arbeitnehmer: Beschäftigte und Arbeitslose. — ⁴⁾ Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge. — ⁵⁾ Versicherungspflichtige Mitglieder der sozialen Krankenversicherung. — ⁶⁾ Nach der Industrieberichterstattung. Ohne Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Bauindustrie. Ab Januar 1954 neuer Firmenkreis, daher nicht ohne weiteres mit dem vorhergehenden Zeitraum vergleichbar. — ⁷⁾ Einschl. gewerblicher Lehrlinge. — ⁸⁾ Tatsächlich geleistete Arbeiterstunden je Arbeiter. — ⁹⁾ Ohne Energiewirtschaft und Bauindustrie. — ¹⁰⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin.

Gegenstand	Einheit†)	Woche:	Vorjahr					Gegenwart									
			15.-21. Nov. 1953	22.-28. Nov. 1953	29. Nov. bis 5. Dez. 1953	6.—12. Dez. 1953	13.-19. Dez. 1953	17.-23. Okt. 1954	24.-30. Okt. 1954	31. Okt. bis 6. Nov. 1954	7.-13. Nov. 1954	14.-20. Nov. 1954	21.-27. Nov. 1954	28. Nov. bis 4. Dez. 1954	5.—11. Dez. 1954	12.-18. Dez. 1954	
			46.	47.	48.	49.	50.	42.	43.	44.	45.	46.	47.	48.	49.	50.	
Arbeitsmarkt																	
Arbeitslose in Westdeutschland . . .	1000	M; E	.	.	1121	.	.	.	821	.	.	.	.	948	.	.	
Arbeitslose in West-Berlin	"	"	.	.	210	.	.	.	156	.	.	.	.	170	.	.	
Versicherte Arbeitslose in USA . . .	"	Sa	1142	1365	1468	1510	1691	1637	.	.	.	.	.	.	.	.	
Produktion																	
Geschäftstätigkeit in USA	o) 1947/49=100	Sa	233,3	226,8	226,4	226,1	223,4	127,3	127,6	128,9	129,7	131,0	130,3	131,5	.	.	
Industrieproduktion in USA	"	"	221,4	216,1	214,9	219,8	214,1	127,5	127,1	129,6	132,2	134,0	136,5	139,8	141,1	.	
Steinkohlenfödrerg. in Westdtschld.)	1000 t	WS	2185	2643	2623	2589	2804	2549	2578	2197	2722	2275	2814	2704	2712	.	
" " " Großbritannien	"	"	4787	4815	4874	4925	5083	4665	4669	4668	4615	4681	4678	4695	4762	.	
Kohlenförderung in USA	"	"	8038	6713	7448	7638	7294	8015	8165	7652	7915	8083	6877	7711	.	.	
Rohstahlerzeugung in Westdeutschl.)	"	"	187	203	192	196	195	237	238	229	248	245	247	240	242	.	
" " " USA	"	"	1866	1791	1774	1754	1739	1592	1608	1637	1671	1707	1715	1741	1764	.	
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	"	108	73	124	108	135	63	88	91	117	157	135	167	176	.	
Stromverbrauch in Westdeutschland .	Mill. kWh	"	834,0	885,5	879,2	901,8	921,7	923,3	934,1	903,2	957,0	926,5	.	.	.	.	
" " " West-Berlin ⁴⁾	"	"	25,6	27,4	27,2	29,7	29,4	27,4	28,2	28,3	28,7	29,3	31,9	30,8	33,0	.	
Güterverkehr																	
Wagenanforderung } Deutsche	1000 Wagen	WS	323,7	372,4	369,9	373,7	374,8	401,7	414,3	376,0	413,1	365,9	412,0	421,7	.	.	
Wagengestellung } Bundesbahn	"	"	321,9	369,4	365,2	364,8	363,4	388,7	392,4	353,0	398,2	349,7	388,2	387,7	.	.	
Zahlungsverkehr																	
Zahlungsmittelumlauf in																	
Westdeutschland u. West-Berlin . .	Mill. DM	BSt	.	10784	12282	12078	11696	11538	13061	12498	.	12057	11415	13106	12837	.	
Notenumlauf d. Bank von England .	£	Mi	1546	1550	1567	1598	1632	1636	1636	1644	1648	1648	1652	1669	1704	.	
" " " Frankreich	Mrd. frs.	Do	2151	2169	2218	2209	2195	2386	2428	2447	2436	2387	2386	2458	.	.	
" " " Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Mo	3161	3166	3284	3213	3188	3374	3396	3518	3439	3425	3428	.	.	.	
" " " Belgisch. Nationalbk.	" bfrs.	Do	98061	98103	99660	98964	98276	100029	100371	101309	101496	99163	98857	.	.	.	
" " " Schweizer.	" sfrs.	BSt	4993	4993	.	4959	4989	4933	5066	4989	.	4934	4957	5115	5096	5148	
" " " Schwedisch.	" skr.	Mi	.	4214	4512	.	.	4492	4732	.	.	.	.	.	.	.	
" " " Bank von Canada	" \$	"	.	.	7) 1559	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Zahlungsmittelumlauf in USA	" \$	"	30487	30691	30791	30904	30953	30053	29970	30138	30278	30233	30412	30504	30697	.	
Geld- und Kapitalmarkt																	
<i>Bank deutscher Länder</i>																	
Goldbestand	Mill. DM	BSt	.	1273	1273	1282	1287	2519	2514	2514	.	2517	2519	2568	2568	.	
Inlandswechsel	"	"	.	1178	1266	1311	1404	700	757	711	.	697	678	788	967	.	
Lombardforderungen	"	"	.	133	398	160	287	27	127	23	.	49	19	393	37	.	
Vorschüsse an die öfötl. Verwaltung	"	"	.	166	166	166	163	123	127	125	.	126	120	129	139	.	
Forderungen gegen die öfötl. Hand.	"	"	.	2873	3434	3462	2631	1438	1860	1903	.	1369	1147	1548	1743	.	
Depositen	"	"	.	1779	1249	1432	1425	2078	1161	1672	.	1630	1983	1222	1593	.	
<i>480 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland</i>																	
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken.	"	"	.	.	14894	.	15030	.	16371	.	.	16374	.	16481	.	.	
Einlagen von Nichtbanken	"	"	.	.	21558	.	21601	.	25322	.	.	25675	.	25571	.	.	
darunter Spareinlagen	"	"	.	.	5440	.	5491	.	8306	.	.	8394	.	8473	.	.	
<i>Berliner Zentralbank</i>																	
Wechsel	"	"	.	12,0	10,7	9,5	6,6	18,8	33,0	33,0	.	29,8	23,0	18,7	23,8	20,0	
Angekaufte Ausgleichsforderungen . .	"	"	.	129,8	178,7	180,6	180,6	163,0	183,0	170,5	.	155,5	147,5	178,3	170,3	170,3	
Einlagen insgesamt	"	"	.	151,0	126,8	142,2	131,6	264,6	205,3	235,4	.	250,9	294,5	228,4	232,5	236,6	
<i>Bank von England</i>																	
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	Mi	1571,7	1571,7	1621,8	1621,7	1671,7	1671,3	1671,3	1671,2	1671,2	1671,2	1671,3	1721,2	1721,2	.	
Forderungen der Bankabteilung . . .	"	"	370,8	370,5	346,1	365,1	339,0	353,6	353,2	357,2	368,7	369,7	379,4	341,7	368,8	.	
Depositen insgesamt	"	"	385,2	380,5	389,2	376,8	366,6	377,5	377,1	373,4	380,9	381,3	387,3	382,2	374,7	.	
<i>Bundes-Reserve-Banken USA</i>																	
Aktiva (gesamt)	Mill. \$	Mi	52435	51628	51497	51599	52758	50781	50243	50512	50484	.	.	.	.	.	
darunter: Goldzertifikate	"	"	20543	20493	20501	20469	20460	20227	20225	20235	20185	.	.	.	.	.	
" " " Regierungspapiere	"	"	24958	25022	25344	25081	25457	24456	24381	24670	24745	.	.	.	.	.	
Einlagen insgesamt	"	"	21363	21061	20770	21030	21175	20447	20292	20406	20305	.	.	.	.	.	
darunter: Regierungseinlagen	"	"	503	522	526	488	224	601	588	567	213	.	.	.	.	.	
Zinssätze																	
<i>in Westdeutschland</i>																	
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd.	% p.a.	Sa	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3	3	3	3	3	3	3	3	3	
Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung	"	"	8/4	8/4	8/4	8/4	8/4	8/4	8/4	8/4	8/4	8/4	8/4	8/4	8/4	8/4	
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungssfr.	"	"	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	
Tagesgeld in London	"	"	1 3/4-2 1/8	1 3/4-2 1/8	1 3/4-2 1/8	1 3/4-2 1/8	1 3/4-2 1/8	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 3/8	1 1/4-1 3/8	1 1/4-1 3/8	1 1/4-1 3/8	1 1/4-1 3/8	1 1/4-1 3/8	1 1/4-1 3/8	
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	"	"	3 1/2-4 1/2	3 1/2-4 1/2	3 1/2-4 1/8	3 1/2-4 1/2	3 1/2-4 1/2	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	2 1/2-3	
Effektenmarkt																	
<i>40/oige Wertpapiere in Westdeutschland</i>																	
Kursniveau, gesamt.	vH	BSt	.	79,42	79,38	79,24	79,02	89,22	89,24	89,29	.	89,26	89,24	89,15	89,21	.	
dar. Pfandbriefe d. Hypothekenbanken	"	"	.	76,94	76,76	76,35	76,00	89,53	89,53	89,59	.	89,53	89,53	89,53	89,53	.	
" " " d. öfötl.-rechtl. Kreditanst.	"	"	.	82,44	82,50	82,50	82,31	89,13	89,25	89,25	.	89,25	89,25	89,25	89,25	.	
Kommunalobligationen	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
der Hypothekenbanken	"	"	.	75,85	75,55	75,20	74,90	88,20	88,20	88,20	.	88,10	88,10	88,10	88,10	.	
der öfötl.-rechtl. Kreditanstalten	"	"	.	83,83	83,83	83,83	83,83	89,50	89,50	89,50	.	89,50	89,50	89,50	89,50	.	
Industrieobligationen	"	"	.	82,70	82,66	83,44	83,46	88,39	88,41	88,50	.	88,53	88,42	88,01	88,08	.	
Aktienindex, Westdeutschland ⁵⁾ . . .	Dez. 48 = 100	Fr	344,7	345,4	341,3	339,5	.	533,3	557,1	550,0	555,7	560,7	551,0	567,1	590,5	587,5	
Aktienindex, Großbritannien ⁶⁾ . . .	1.7.1935 = 100	Fr	129,5	128,3	127,9	127,2	128,4	181,1	180,7	182,1	175,2	179,2	180,3	179,1	176,7	.	
Aktienkurse in USA ⁷⁾	\$ je Stck.	Fr	276,1	280,2	282,7	279,9	283,5	358,6	352,1	366,0	377,1	378,0	387,8	389,6	390,1	394,9	
Wechselkurse																	
Notenfreiverkehr in Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	.	99,80	100,60	101,13	100,60	99,60	99,35	99,30	.	99,25	99,00	98,55	99,10	99,10	
" " " New York	\$ je 100 DM	"	.	23,125	23,375	23,500	23,375	23,125	23,125	23,125	.	23,125	23,125	23,000	23,125	23,125	
DM-Ost in Berlin (Mittelkurs) . . .	je DM-West	Fr	4,81	4,64	4,54	4,47	4,49	4,61	4,57	4,57	4,54	4,59	4,66	4,6			